## Bürgerblock hinterfragt Kostenhöhe

## Auf Wahlkampftour in Wallau

Biedenkopf-Wallau (az). Zwei Schwerpunkte gab es bei der Ortsbegehung des Bürgerblock Biedenkopf (BB/UbL) in Wallau: Zum einen wurde die Bahnhofstraße, deren Umbau geplant ist, in Augenschein genommen. Zum anderen die Situation der betroffenen Vereine, wegen des derzeit geschlossenen Hallenbades, erörtert.

"Unser Bestreben ist es, von den Anliegern der Bahnhofstraße zu erfahren, wie intensiv sie eingebunden sind und welche Vorstellungen sie haben", sagte BB/UbL-Fraktionsvorsitzender Heinz Olbert. Schließlich seien im aktuellen Haushalt der Stadt Biedenkopf insgesamt 726 000 Euro für den Umbau der Durchgangsstraße eingestellt worden. Darin seien 120 000 Euro für einen Kreisel vorgesehen. An den Rest des Betrages, der für Fußgängerwege, Parkplätze und Radweg vorgesehen sei, müssten sich die Anlieger anteilmäßig beteiligen. "Deshalb wollen wir wissen, wie die Wünsche der Anlieger sind, um entsprechend in den Gremien vorzugehen", Fraktionsmitglied erklärte Uwe Funk.

Nachfragen wolle man auch, woher die Kostensteigerung für das Projekt komme, berichtete Heinz Olbert den 15 Anwesenden. Schließlich hätten im Haushalt des Jahres 2005 nur 460 000 Euro für das Vorhaben gestanden.

Nach der Besichtigung der Bahnhofstraße ging es für die Gruppe zum Hallenbad, das

aus Sicherheitsgründen derzeit geschlossen ist. Wolfgang Nickel, Vorsitzender der DLRG Wallau und Bernd Buß, Technischer Leiter des Vereins, machten den Anwesenden die schwierige Situation klar, in der sich der Verein befinde: "Es geht nichts mehr", so Buß, der bei einer längeren Schließung der Einrichtung gar die Existenz der Gruppe gefährdet sieht. Unter anderem, weil das Ausweichen auf benachbarte Bäder äußerst kostspielig sei.

Uwe Funk machte deutlich, dass der Bürgerblock den Er-



AM 26. MÄRZ 2006

halt und die finanzierbare Sanierung des Hallenbades unterstützen werde, auch, um den Schulstandort Biedenkopf zu stärken. Von Schnellschüssen solle aber abgesehen, vielmehr alle Finanzierungsmöglichkeiten ausgelotet werden. Funk informierte die Teilnehmer vom Vorhaben der Stadt zunächst ein Gutachten in Auftrag zu geben, dessen Kosten mit 65 000 Euro angesetzt seien. Läge dieses vor, so Funk, "müssen alle an einen Tisch, um die beste Lösung für Vereine und die Stadt zu finden." Für Wahlkampfzwecke solle das Thema allerdings nicht missbraucht werden. "Das Ganze darf nicht instrumentalisiert werden."